



„Great Deal“ gegen die Teuerung

GASTKOMMENTAR VON HANNES ANDROSCH



Angesichts der wirtschaftlichen Turbulenzen genügt es nicht, in Robin-Hood-artige Alibimaßnahmen zu flüchten oder sich mit populistischen Scheinmaßnahmen vor ernsthaften Entscheidungen zu drücken.

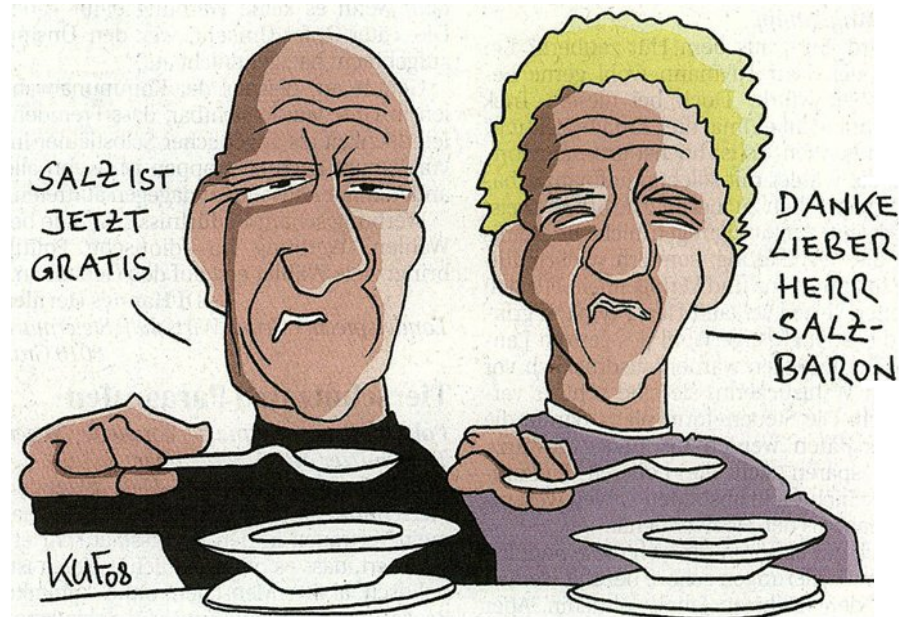
Das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums hat sich in den 30 Industriestaaten der OECD deutlich verlangsamt. Dieser „Club der Reichen“, der zu nahezu 60% aus EU-Mitgliedern besteht, erbringt rund 60% der globalen Wirtschaftsleistung, doch der Wirtschaftsmotor stottert zwischen Konjunkturlaute, Stillstand und Rezession, d. h. schrumpfender Wirtschaftsleistung.

Zu lange haben die Verantwortlichen (Institutionen gleichermaßen wie Entscheidungsträger) untätig riesige weltwirtschaftliche Ungleichgewichte hingenommen, nichts gegen die Verzerrungen im globalen Wechselkursgefüge getan, in vielen Fällen – vor allem in den USA – auf Pump gelebt bzw. sinnlose Kriege geführt, Geld für Rüstung verschwendet, zugesehen, wie die Preise für Erdöl, Rohstoffe und Nahrungsmittel explodieren, schließlich erlaubt, dass die Weltfinanzen seit Jahren von einer Finanz- und Bankenkrise in die nächste stürzen. Die gegenwärtige Finanzkrise ist die bei weitem größte nach 1929, und sie ist noch längst nicht ausgestanden. Zuerst hat man sorglos und leichtfertig, aber auch durch Unverständnis und egoistische Gier eine lebensbedrohliche Überhitzung der Märkte entstehen lassen, und jetzt fehlt es an energischer Maßnahme, um wieder geordnete Verhältnisse herzustellen.

Vom Konjunkturabschwung erfasst

Von diesen Turbulenzen bleibt Österreich nicht verschont. Die durch die Explosion der Energie- und Rohstoffpreise ausgelöste Teuerungswelle ist längst auch auf unser Land übergeschwappt. Für viele Menschen hat vor allem der stete Preisanstieg im Bereich der Grundversorgung – Lebensmittel, Heiz-, Energiekosten und dergleichen mehr – zu großen Belastungen und wenigen Wochen vor Winterbeginn zu großen Ängsten geführt.

Inzwischen wird die österreichische Wirtschaft vom weltweiten Konjunkturabschwung erfasst. Dagegen anzukämpfen ist nicht nur eine globale Herausforderung, sondern verlangt auch entschlossenes Handeln der EU. Darauf einzuwirken fällt vor allem in den Verantwortungsbereich der noch amtierenden Bundesregierung zur Wahrnehmung eigenständiger nationaler Möglichkeiten. Daher sollte die bevorstehende Nationalratssitzung genutzt werden, ein sozial- und konjunkturpolitisches Maßnahmenpaket zu beschließen.



Da genügt es sicherlich nicht nur, nach sozialer Wärme zu rufen, in Robin-Hood-artige Alibimaßnahmen zu flüchten oder sich mit populistischen Scheinmaßnahmen vor ernsthaften Entscheidungen zu drücken. Der schwindenden sozialen Wärme ist weder mit Klagegeden noch mit Schuldzuweisungen beizukommen. So wie die Steckdose nur elektrischen Strom abgibt, wenn dahinter Kraftwerke Energie erzeugen, so braucht auch soziale Wärme dahinter einen Ofen, der beheizt wird. Einheizen aber müssen wir alle, die Regierung, die Sozialpartner, die Länder und Gemeinden, die Wirtschaft, vor allem die Lebensmittelketten und Nahrungsmittelproduzenten, die Elektrizitäts- und Energiewirtschaft. D. h., notwendig ist ein Schulterchluss aller Verantwortungsträger. Ein solcher „Great Deal“ müsste für die Menschen mit geringerem Einkommen umfassende Maßnahmen zur Eindämmung der Teuerung bringen.

Angesichts der Konjunkturlaute und der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich zu erhalten und zu verbessern, sind außerdem wirtschaftspolitische Maßnahmen mit finanzpolitischem Augenmaß erforderlich. Schwache Konjunktur belastet aber auch das Budget!

Gegen die Teuerung würde rasch und wirksam eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel helfen. Schon heute gilt diesbezüglich nur der halbe Steuersatz! Hinweise auf mangelnde Treffsi-

cherheit einer Steuersenkung oder die Einsparungsdifferenz zwischen Milch und Kaviar sind ein besonders zynischer Ausdruck sozialer Kälte. Jenen Menschen, die Milch und Brot sowie Wärme zum Überleben brauchen, kann nur über gemeinsame Anstrengungen gegen die Teuerung geholfen werden. Daher ist es logisch und notwendig, den Lebensmitteleinzelhandel auch mit eigenen Beiträgen einzubinden. Eine Verringerung der Steuerprogression für die qualifizierten Leistungsträger ist dringlich.

Zeit drängt, Nachholbedarf ist groß

Außerdem könnten in dieser Sondersitzung Weichen für die Zukunft gestellt werden. Die Zeit drängt, denn es gilt, großen Nachholbedarf zu bewältigen. Um Konkurrenzfähigkeit, Beschäftigung und Wohlstand abzusichern, brauchen wir eine Hebung der Qualifikation durch zeitgemäße Bildungs- und Ausbildungspolitik.

Wir brauchen mehr Innovationsdynamik durch Förderung von Unis, Wissenschaft und Forschung. Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten sollen die Investitionen stützen. Durch den Ausbau der Wasserkraft – Strom aus Wasserkraft bedeutet Klima- und damit auch Naturschutz – schafft man Arbeit und Einkommen. Zusätzlich ist die Energiesicherung durch den Ausbau des Leitungsnetzes und die Energieeffizienz im Wohnbau zu verwirklichen.

Regierung und Parlament könnten den Beweis liefern, dass angesichts der weltwirtschaftlichen Turbulenzen und der Auswirkungen auf Österreich die Zeit des Streitens tatsächlich durch verantwortungsvolles, rasches Handeln verdrängt wurde, mit der Zielsetzung, soziale Wärme mit höherer Wirtschaftsleitung zu verbinden.

Dr. Hannes Androsch ist Chef von AIC Androsch International und war langjähriger SPÖ-Finanzminister.



meinung@diepresse.com